

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Warmer Regen

Die 11 Mrd. EUR, die der Staat (vorerst) zur Bewältigung der Flüchtlingskrise aufbringen muss, wirken wie ein Konjunkturförderungsprogramm. Davon wird die deutsche Haustechnik-Branche im besonderen Maße profitieren. Die Zuwanderung von voraussichtlich 1,2 Mio. Menschen allein in diesem Jahr macht alle bisherigen Neubau-Prognosen zu Makulatur. Der absehbare Nachzug von durchschnittlich mindestens drei Familienangehörigen der Asylanten löst einen gewaltigen zusätzlichen Bedarf an Wohnraum aus, der allenfalls mit der Lage nach Ende des zweiten Weltkriegs vergleichbar sein dürfte. Außerdem: Selbst wenn es gelänge, den Flüchtlingsstrom wieder einigermaßen unter Kontrolle zu bringen, ist auch für die nächsten Jahre mit immensen Zuwandererzahlen zu rechnen. Daraus resultiert eine völlig unerwartete, boomartige Zusatznachfrage nach SHK-Produkten und -Dienstleistungen, die vor allem das Fachhandwerk vor erhebliche Kapazitätsprobleme stellen dürfte. Konzentrieren wird sich die Nachfrage naturgemäß auf Standardprodukte im unteren Preissegment.

Konjunkturelle Abkühlung

Die deutsche Wirtschaft wird – laut Herbstgutachten der Wirtschaftsweisen – 2015 und 2016 um jeweils 1,8% wachsen. Dieser „verhaltene Aufschwung“ werde vor allem dank Rekordbeschäftigung und steigender Kaufkraft von den konsumfreudigen Verbrauchern getragen. Dennoch nehmen die Zeichen einer konjunkturellen Abkühlung zu. So ist

der Auftragseingang der deutschen Industrie im August gegenüber dem Vormonat um 1,8% gesunken. Schon im Juli hatte es einen Rückgang von 2,2% gegeben. Der Earlybird-Frühindikator, der der deutschen Konjunktur um sechs bis neun Monate vorausläuft, hat sich im August – im Vergleich zum Juli-Wert – mehr als halbiert. Das war bereits der dritte Rückgang in Folge.

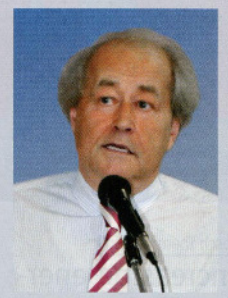
Ohne Plan

Die neue Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin ist getragen von Emotion, Wunschen und Verdrängung der Fakten und Konsequenzen. Wenn politische Ratio und Gestaltungswille ersetzt werden durch das Prinzip Hoffnung, besteht Anlass zur Sorge. Bisher hat die Regierung keinerlei Konzept für die prophylaktische Problembegrenzung geliefert, sondern sich auf blumige Ankündigungen eines rein reaktiven Umgangs mit der bereits außer Kontrolle geratenen Situation beschränkt. Der fast flehentliche Appell der Kanzlerin („Wir schaffen das“) klingt wie das berühmte Pfeifen im dunklen Wald. Falls überhaupt eine seriöse Risikofolgenabschätzung vorliegen sollte, so dürfte dies aus nachvollziehbaren Gründen höchster Geheimhaltung unterliegen. Schon jeder dritte Bundesbürger ist der Meinung, Frau Merkel solle zurücktreten. Die Mehrheit hält den Zustrom nicht für verkraftbar. Die Folgen dieser beispiellosen Politik sind kurz-, mittel- und langfristig unabsehbar.

Die Rechnung

Um das Aufzeigen der ersten Konsequenzen der Flüchtlings-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

politik ist das ifo-Institut bemüht. Kernthese ist, dass die Krise nur mit radikalen Sozialreformen in Deutschland zu bewältigen sei. Um genügend Jobs für gering qualifizierte Zuwanderer zu schaffen, müsse der Mindestlohn abgeschafft werden. Wenn es nicht gelinge, die Asylanten in den Arbeitsmarkt zu integrieren, werde es zu erheblichen Spannungen in der Gesellschaft kommen. Außerdem müssten die Deutschen länger arbeiten, um die Kosten der Integration stemmen zu können. Noch scheint in der Bevölkerung die Meinung zu überwiegen, die von der Kanzlerin quasi im Alleingang erteilte Aufgabe, eine unbegrenzte Zuwanderung zu bewältigen, werde nicht zu persönlichen Belastungen führen.

Vergemeinschaftung

Die EU-Kommission versucht wieder einmal, Deutschland unter dem Vorwand der europäischen Solidarität in die gemeinsame Haftung zu nehmen. Der für seine Flexibilität und Schlitzohrigkeit bekannte Jean-Claude Juncker möchte eine gemeinsame Versicherung für Bankeinlagen in der Euro-Zone organisieren. Bisher obliegt diese Absicherung bekanntlich den Nationalstaaten. Es kann nicht überraschen, dass vor allem die Schuldenländer mit gefährdeten Banken ihre Risiken auf die (noch) relativ starken EU-Staaten verlagern möchten. Wie stark dieser Trend mittlerweile

ausgeprägt ist, hat kürzlich die französische Regierung offenbart, die die Implementierung eines europäischen Finanzministers mit nahezu unbegrenztem Zugriff auf die nationalen Steuereinnahmen vorgeschlagen hat. Die ursprünglich so gute europäische Idee verkümmert immer mehr zum Alibi für den Versuch, Deutschland ungehindert in die Tasche zu greifen.

Vom Bock zum Gärtner

Auch an anderer Stelle hat EU-Kommissionspräsident Juncker für Irritation gesorgt. Vor dem „LuxLeaks“-Sonderausschuss des Europa-Parlaments präsentierte er sich als Vorreiter für die Bekämpfung von Steuerkürzungsstrategien internationaler Großkonzerne. Dass hier erheblicher Handlungsbedarf besteht, belegt die Tatsache, dass 2014 358 der 500 größten amerikanischen Unternehmen mit Hilfe von mindestens 7.622 Tochtergesellschaften in Steueroasen ihre Steuerpflicht zumindest verkürzt haben. Allerdings: Gerade Juncker hat in seiner 18-jährigen Amtszeit als luxemburgischer Ministerpräsident alle Türen und Tore geöffnet, um in seinem Land ein bei Konzernen äußerst beliebtes System der Steuerhinterziehung und Steuervermeidung zu etablieren. Es zeugt von erheblicher Chuzpe und Scheinheiligkeit, wie sich hier plötzlich der Bock als Gärtner geriert.